

Wien, 27.01.2011

INAUGURATION DER "VIENNA GRADUATE SCHOOL OF ECONOMICS"

Am Donnerstag, den 26.1.2011 fand im Oktagon der Bank Austria die feierliche Eröffnungsveranstaltung der neuen "Vienna Graduate School of Economics" (VGSE, Wiener Graduiertenkolleg für Volkswirtschaftslehre) statt.

Zu Beginn stellte Prof. Maarten Janssen das Konzept des neuen Graduiertenkollegs vor: es ist in Österreich im Bereich der Volkswirtschaftslehre das erste strukturierte Doktoratsprogramm, das hervorragende Studierende gezielt auf eine internationale wissenschaftliche Karriere vorbereitet. Das Programm wird von der Universität Wien und dem Institut für Höhere Studien (IHS) getragen, wobei in Zukunft auch andere akademische Institutionen in Wien dazu stoßen könnten.

Ermöglicht wird das Programm durch die langfristige Unterstützung des österreichischen Wissenschaftsfonds (FWF), der in erster Linie Stipendien für die Studierenden finanziert.

Um die Relevanz volkswirtschaftlicher Forschung für aktuelle wirtschaftspolitische Fragen zu illustrieren, war der Rest des Abends einem brandaktuellen Thema gewidmet. Unter dem Stichwort "Die Zukunft des Euro" diskutierte ein Expertengremium die Konsequenzen der aktuellen europäischen Schuldenkrise für die europäische Wirtschaftspolitik.

In seiner Einführungsrede argumentierte Prof. Paul de Grauwe (Katholische Universität Leuven) dass der Euro nicht überlebensfähig ist ohne eine tiefergehende politische Union der Mitgliedsstaaten, die durch eine gemeinsame Fiskalpolitik getragen ist. Dazu gehöre auch eine weitgehende Solidarität mit Mitgliedsstaaten, die aufgrund von Turbulenzen auf den Finanzmärkten in ernsthafte Schuldenprobleme geraten.

Die anschließende Podiumsdiskussion unter der Leitung von Prof. Bernhard Felderer (IHS) wurde von Prof. Ewald Nowotny, Gouverneur der OeNB, eröffnet. Gouverneur Nowotny entgegnete mit der Feststellung, dass der Euro seine Funktion als Zahlungsmittel und internationale Reservewährung sehr gut erfüllt habe, und auch in Zukunft erfüllen wird, ohne dass dafür eine weitergehende politische Union notwendig wäre. Davon zu trennen sei die Tatsache, dass einzelne Mitgliedsstaaten

und ihre Gläubigerbanken in ökonomische Schwierigkeiten geraten können, was aber nicht die Zukunft der europäischen Währung in Frage stelle.

Prof. Dirk Niepelt, Direktor des Studienzentrum Gerzensee, stimmte dem Vollauf zu, und betonte, dass der Bankrott überschuldeter Staaten durchaus zugelassen werden soll. Wenn einzelne Gläubigerbanken wegen ihrer systemrelevanten Bedeutung gerettet werden müssten, könne man das tun ohne für die gesamte Staatsschuld eines Mitgliedslandes haften zu müssen.

Mehr Verständnis für die Position de Grauwes äußerte Mag. Stefan Bruckbauer, Chefökonom der Bank Austria, der eine weitgehende Garantie für die Schulden der einzelnen Mitgliedsstaaten forderte, zum Beispiel durch die Emission von CDS (credit default swaps) durch die Gemeinschaft.

Dr. Jeroen Kremers (Head of Global Country Risk, Royal Bank of Scotland Group, und ABN Amro) unterstrich, dass der IMF nicht genügend Ressourcen besitzt, um die Schuldenkrise großer europäischer Staaten allein zu managen, so dass zusätzliche Institutionen wie etwa die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität, notwendig seien.